Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.
Annahme von Ankündigungen: Marienstr. 38 v. Vorm. 8–3 Uhr Nachm., Sonntags v. Vorm. 11–½1 Uhr Mitt. [illegible] nur an Wochentagen bis 4 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 30 Pfg.; Doppelzeile „unterm Strich" Eingesandt 40 Pfg., Grundzeile für Montags oder nach Festtagen 20 Pfg., für Familiennachrichten 25, bez. 30 Pfg. nach besonderem Tarif.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an.
Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

41. Jahrgang. Dresden, 1896.

Konfirmanden-Anzüge
Beste Ausführung zu sehr billigen Preisen.
Schlafrock-Meyer, Frauenstrasse 7.

Tafel-, Kaffee- u. Wasch-Geschirre in grösster Auswahl
J. G. Klingner Waisenhausstr. 3.
Porzellan. Glas. Steingut. Majolika.

Jumpelt's
Deutscher Veilchen-Duft.
Hochfein und anhaltend.
Käuflich in allen feinen Parfümeriehandlungen.

Wilhelm's
Blutreinigung-Thee
von Franz Wilhelm, Apotheker in Neunkirchen in Nieder-Oesterreich, so durch alle Apotheken zum Preise von R.-M. 2. per Packet zu beziehen. — Engros-Lager bei Ernst Iiley Nachf., Dresden-A., Antonstrasse 32. — Zu haben in Dresden in der Hof-, Engel-, Marien-, Johannes-, Mohren- und Adler-Apotheke.

B. Rammer, Damenschneiderin, Dresden-Altst., Marschallstrasse 12, II.
empfiehlt sich der geehrten Damenwelt.
Garantie für Passen. * Bedienung prompt.
Preise solid.

H. Kumpert, Dresden, Waisenhausstr. 15. Stets moderne und feine **Neuheiten** in allen Arten Hüten, Schirmen, Handschuhen, Shlipsen u. s. w.
Schirmbezüge in 1—2 Stunden.

Nr. 43. **Spiegel:** Debatte über Aenderung des Wahlgesetzes. Hofnachrichten, Landtagsverhandlungen, Gedenkfeier der Post und Telegraphie, Gewerbeverein. „Comtesse Guckerl", Ehrlich'sche Musikschule. | Muthmaßliche Witterung: Unverändert, kälter. | **Donnerstag, 13. Februar.**

Die Debatte über das neue Wahlgesetz.

Seit Jahren ist in unserem engeren Vaterlande dem Verlaufe einer Landtagssitzung nicht mit so lebhafter Spannung und so allseitigem Interesse entgegengesehen worden, wie den gestrigen Verhandlungen, mit denen in unserer Zweiten Kammer die Entscheidung über die Wahlgesetzvorlage eingeleitet wurde. Auf Seiten der Regierung und der Ordnungsparteien wie der Gegner der Wahlrechtsänderung hatte man das volle Bewußtsein von der tiefeinschneidenden Tragweite der bevorstehenden gesetzgeberischen Aktion, durch die eine neue Grundlage für die Ausübung und Wirksamkeit des höchsten staatsbürgerlichen Rechtes geschaffen werden soll. Den Nachweis zu führen, daß ein dringliches unaufschiebbares Bedürfniß für die Neugestaltung der Bethätigung des Wahlrechts vorliegt, war die Aufgabe, die zunächst der Regierung zufiel. Der Minister des Innern, Herr von Metzsch, erledigte sich dieser Aufgabe in einer großen, der Bedeutung des Tages entsprechenden Rede, die einen um so tieferen Eindruck hervorrief, als sie deutlich erkennen ließ, daß die Regierung von der unabweislichen Nothwendigkeit ihres Vorgehens unerschütterlich überzeugt und keineswegs gewillt ist, vor der künstlich bis zur Siedehitze angefachten Entrüstung der Opposition auch nur um einen Schritt zurückzuweichen oder gar vor ihr zu kapituliren. In vornehm ruhiger Sachlichkeit, die sehr angenehm von der gehässigen Leidenschaftlichkeit, mit der die Frage von gegnerischer Seite behandelt worden ist, abstach, und zugleich mit rückhaltsloser Klarheit und Entschiedenheit legte der Minister die Gesichtspunkte dar, die für die Beurtheilung der Vorlage maßgebend sein sollen. Das neue indirekte Wahlsystem soll Mittel und Wege bieten, um die Auswüchse der wüsten, auf die Revolutionirung der Massen hinauslaufenden Agitationen, wie sie unter der Herrschaft des bestehenden gleichen und direkten Wahlrechts in wachsendem und die gedeihliche Entwickelung des staatlichen Lebens immer ernster bedrohendem Maße zu Tage treten, einigermaßen einzuschränken; es soll vor Allem der ungezügelten Opposition derjenigen Elemente feste Schranken setzen, welche grundsätzlich Feinde des Staates sind, Autorität und Monarchie, Verfassung und Eigenthum verneinen und den Umsturz der bestehenden Staats-, Rechts- und Gesellschaftsordnung erstreben. Das vorgeschlagene indirekte System soll die Garantien gewähren, daß in unruhiger bewegter Zeit die Meinungen der Wähler unverfälscht zum Ausdruck gelangen und daß nicht das Bestreben der Sozialdemokratie, das Reichstagswahlrecht und zwar noch mit ausgedehnter Wahlgrenze bei uns einzuführen, verwirklicht werde. Der Vertreter der Regierung wies überzeugend nach, daß es sich bei der Einführung des neuen Wahlgesetzes ebensowenig um einen Verfassungsbruch wie um eine Entrechtung des Volkes handle. Nicht eine einzige Bestimmung der Verfassung soll geändert werden, vielmehr soll nur eine Aenderung der gesetzlichen Vorschriften über das Zustandekommen der Volksvertretung insofern vorgenommen werden, als sie das Staatsinteresse unbedingt erheischt. Dieses muß aber jederzeit höher geschätzt werden als das Interesse des Individuums, als das Recht des einzelnen Staatsbürgers: darum ist es eine staatsbürgerliche Pflicht, so viel von seinem eigenen Rechte preiszugeben und der Allgemeinheit zum Opfer zu bringen, als es das Wohl der Gesammtheit erfordert. In vollster Uebereinstimmung mit sämmtlichen Rednern der Ordnungsparteien bezeichnete der Minister des Innern das indirekte Wahlsystem als dasjenige, welches, ohne freilich, wie alle menschlichen Institutionen, vollkommen zu sein, am besten die Gewähr biete, daß der umstürzlerischen Propaganda ein starker Damm entgegengesetzt werde. Mit Recht hob er hervor, daß das preußische Landtags-Wahlrecht doch einen guten Kern enthalten müsse, nachdem es beinahe 50 Jahre unangefochten bestanden hat; und er hätte hinzufügen können, daß die Volksvertretung, die diesem Wahlrecht sein Dasein verdankt, niemals den Willen bekundet hat, die Gesetzgebung im plutokratischen Sinne zu gestalten. Die große Miquel'sche Steuerreformgesetzgebung beweist schlagend das Gegentheil.

Die Reden, in denen die Führer der Ordnungsparteien ihre Stellungnahme zu dem Entwurfe auseinandersetzten, berechtigen zu der Erwartung, daß die Vorlage mit einigen unwesentlichen Aenderungen Gesetzeskraft erhalten wird. Die Redner sowohl der konservativen Partei wie der Nationalliberalen und des Kammerfortschrittes erklärten, daß das von der Regierung vorgeschlagene Gesetz im Großen und Ganzen ihren Wünschen und den prinzipiellen Forderungen ihrer Fraktionen entspreche. So erfreulich wie dieses Ergebniß der gestrigen Verhandlungen ist die Thatsache, daß die einmüthige Geschlossenheit der Ordnungsparteien, der in erster Linie diese gesetzgeberische Aktion zu verdanken ist, durch die Angriffe und Proteste der oppositionellen Parteirichtungen nicht nur keinen Abbruch erlitten, sondern vielmehr eine wesentliche Stärkung erfahren hat. Die kraftvolle Entschlossenheit, mit der sich die Führer der drei nationalen Parteien die Hände reichen, um das Zustandekommen des Entwurfes zu sichern, die entschiedene Schärfe, mit der sie mit einander wetteiferten, um die Vaterlandslosigkeit und die Kulturfeindlichkeit der Sozialdemokratie zu geißeln und die Nothwendigkeit der Wahlrechtsreform zu begründen, machten einen geradezu imposanten Eindruck. Besondere Anerkennung verdient es, daß die konservative Partei unter der besonnenen Leitung des Abg. Dr. Mehnert im Interesse eines einmüthigen Zusammenwirkens mit den Nationalliberalen und dem Kammerfortschritt ihre Sonderwünsche zurückgestellt hat, obwohl sie bei der Mehrheit, über die sie verfügt, in der Lage wäre, ihre speziellen Forderungen mit Erfolg zur Geltung zu bringen. Mögen diese wechselseitige Rücksichtnahme und diese patriotische Unterordnung des Parteistandpunktes unter die allgemeinen vaterländischen Interessen auch fortan maßgebend bleiben, damit eine ersprießliche Kartellpolitik fortgeführt werden kann.

In der Bekämpfung der Vorlage mit allen jenen beweislosen und unbewiesenen Behauptungen, die seit Wochen in der sozialdemokratischen Presse breit getreten worden sind, gingen die Sozialdemokraten brüderlich mit dem Vertreter der deutsch-sozialen Reformpartei zusammen. Ein Redner der rothen Internationale sprach sogar die feste Erwartung aus, daß die Antisemiten Zimmermann'scher Richtung bei den nächsten Reichstagswahlen den Sozialdemokraten behilflich sein werden, für das neue Wahlgesetz Revanche zu nehmen. Eigentlich hätten hierzu die Umstürzler gar keine Ursache. Denn ihre Vorkämpfer versicherten gestern wiederholt, daß sie der Regierung und den Ordnungsparteien von Herzen dankbar seien für die ungeheure Unzufriedenheit, die angeblich durch die Vorlage herbeigeführt worden sei. Denn ihr ureigenes Lebenselement sei die Unzufriedenheit, die stets nur ihrer Partei zu Gute kommen müsse. Man begreift nur nicht recht, warum sich die Sozialdemokraten so gewaltig aufregen, wenn der vorliegende Entwurf so prächtig ihre Hauptaufgabe, Unzufriedenheit zu schaffen, erfüllt. So wenig wie die sozialdemokratischen Abgeordneten Geyer und Goldstein war der reformerische Abg. Schubert-Chemnitz im Stande, ein einziges neues Moment in der Debatte gegen die Vorlage geltend zu machen. Hier wie dort wurde von der Entrechtung des Volkes, von dem Angriffe auf die heiligsten Güter, von der unausbleiblichen Erschütterung der Stellung des Ministeriums und dergl. mehr gesprochen. In den Schubert'schen Ausführungen waren nur zwei Bemerkungen beachtenswerth. Herr Schubert betheuerte, daß seine Partei, sobald sie die freiheitlichen Rechte des Volkes nicht hoch halte und vertheidige, der freisinnigen Partei ihren Platz einräumen müsse — ein werthvolles Zugeständniß für die Thatsache, wie eng sich innerlich das deutsch-soziale Reformerthum mit der Richter'schen Demokratie verwandt fühlt. Weiter sprach der Vertreter der Reformer die Befürchtung aus, daß die radikaleren Elemente in seiner Partei gestärkt werden möchten. Man sollte es kaum für möglich halten, daß es unter den Reformern, die doch bereits beinahe auf der Stufe der Entwickelung angelangt sind, auf welcher die Sozialdemokraten stehen, noch radikaler gesinnte Leute giebt als Herrn Schubert. Von diesem unterschieden sich gestern die rothen Umstürzler nur durch die Wirkung ihrer Reden. Während die Sozialdemokraten mit dem fortwährenden Geprassel und Geknatter ihrer Geschosse, die niemals ihr Ziel erreichten und einschlugen, den Effekt der Langeweile erzielten, brachten die Schubert'schen Ergüsse wenigstens einzelne erheiternde Momente, ein Vorzug, der bei einer mehr als 6stündigen Debatte nicht hoch genug anzuschlagen ist. Bei dem schwulstigen Phrasenpathos, mit dem Herr Schubert arbeitete, gerieth er wiederholt in bedenkliche, die Lachmuskeln seiner Zuhörer schwer erschütternde Konflikte mit den Gesetzen der Logik und der Stilistik. Auch nach dem Inkrafttreten des neuen Wahlgesetzes möchten wir wünschen, daß die deutsch-soziale Reformpartei durch Herrn Schubert im sächsischen Landtage vertreten bleibt.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 12. Februar.

Berlin. Reichstag. Auf der Tagesordnung steht die Interpellation Heyl zu Herrnsheim (nl.), betreffend die Verhältnisse der Arbeiterinnen der Wäschefabrikation und der Konfektionsbranche. Die Anfrage an die Regierung lautet, „welche gesetzliche Maßnahmen dieselbe zum Schutze für Gesundheit und Sittlichkeit und gegen die Ausbeutung dieser Arbeiterinnen durch das Trucksystem zu ergreifen beabsichtige." — Abg. Heyl zu Herrnsheim: Alle Arbeiterinnen haben ihre Pioniere gefunden, nur diejenigen der Konfektionsbranche nicht, obwohl gerade sie durch das Sweatesystem sehr gedrückt sind. Den gegenwärtigen Streik bedauere ich, aber es ist anzuerkennen, daß es sich hier nicht um einen Streik gegen die Arbeitgeber handelt, sondern nur gegen das Sweate-System. Alle Menschenfreunde werden mit diesen Arbeiterinnen Sympathie haben. Dieselben fordern hauptsächlich direkten Verkehr mit den Arbeitgebern, Betriebswerkstätten und schnellere Abfertigung, sowie vollen Lohn: man kann ihnen darin nur Recht geben. Wenn sich auch die Lage der Konfektionsindustrie in letzterer Zeit sehr verschlechtert habe, sei sie doch derart, daß die Unternehmer selbst ein Interesse daran hätten, das Sweate-System ganz abzuschaffen. Er und seine Freunde beabsichtigten, zu beantragen, daß das englische Gesetz von 1895 auch bei uns eingeführt werde. Namentlich sei auch die Anstellung weiblicher Gewerbe-Inspektoren unumgänglich nothwendig. Solchen Umständen gegenüber seien alle Diejenigen, welche die jetzige Gesellschaftsordnung aufrecht erhalten wollten, verpflichtet, auf Abhilfe zu dringen. (Sehr richtig.) — Staatssekretär v. Bötticher: Ich stehe voll auf dem Boden der Interpellation. Der Interpellant hat den Finger auf eine schwere Wunde gelegt. Wenn ich auch nicht sagen kann, daß die Absichten der verbündeten Regierungen sich bereits zu einer bestimmten gesetzgeberischen Vorlage konzentrirt haben, so beweist doch unsere ganze Thätigkeit in den letzten Jahren, daß wir auf diesem Gebiete zu helfen bestrebt sind. Das zeigt auch schon die Novelle von 1890, die Bestimmungen gegen den Truck, sowie zu einer Festsetzung der Arbeitszeit aus sanitären Gründen, ferner die §§ 120a und 154, welch' letzterer die Befugniß giebt, den Schutz über den engeren Bezirk der Fabrik auszudehnen. Aber die Anwendung aller dieser Bestimmungen stößt gerade bei der Konfektionsbranche auf große Schwierigkeiten. Dazu kommt der große Andrang zu dieser Branche seitens solcher Personen, welche darin nur einen Nebenerwerb suchen. (Sehr richtig!) Man hat auch schon im preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe Schritte unternommen, ebenso im Reichsamt des Innern. Die arbeitsstatistische Enquete-Kommission ist bereits mit Untersuchung dieser Angelegenheit beauftragt und zwar wird die Kommission diese Aufgabe zunächst vor allen anderen ihr sonst noch gestellten Aufgaben erledigen. Die Kommission wird ihr Augenmerk zu richten haben erstens auf das Trucksystem. Der bestehende § 115 der Reichsgewerbeordnung hat ja schon günstig gewirkt, aber es ist noch nicht zu übersehen, inwieweit er etwa noch wirksamer gemacht werden muß und kann. Es ist zu untersuchen, ob die Klagen über Ausbeutung zu unsittlichen Zwecken berechtigt sind. Es ist das ein heikler Punkt. Die Enquete von 1886 giebt darüber nicht genug Aufklärung, obwohl sie schon erkennen ließ, daß nicht Alles in Ordnung ist und daß eine Abhängigkeit der Arbeiterinnen von den Zwischenmeistern zu nicht sauberen Zwecken vorliege. Es muß genau festgestellt werden, ob nicht ein wirksamer Schutz dagegen nöthig ist. Auch ein dritter Punkt ist noch nicht klar: Wie stellt sich die Arbeitszeit in den Werkstätten und bei der Hausarbeit? Einigen Aufschluß darüber haben wir schon, derselbe muß aber noch eingehender gestaltet werden. Wichtig wäre eine vierte Frage, ob nämlich die Betriebsweise geändert werden kann, ob es möglich ist, ausschließlich in Werkstätten arbeiten zu lassen. Ich glaube kaum, daß wir so weit gehen können, aber es wird wenigstens untersucht werden müssen. Schon jetzt giebt es dazu Mittel und mit deren Anwendung ist die Regierung beschäftigt. 1. kann man schon jetzt die Bestimmung anwenden, wonach der Arbeitsvertrag schriftlich gemacht werden muß; 2. kann erwogen werden, ob nicht auf § 106 Personen, gegen welche Thatsachen vorliegen, wonach sie zur Beschäftigung von Arbeiterinnen ungeeignet sind, die Befugniß hierzu zu entziehen ist; 3. kann durch kaiserliche Verordnung von dem § 154 Gebrauch gemacht werden. Kommissarische Berathungen darüber sind bereits im Gange. Die verbündeten Regierungen sind jedenfalls eifrig bemüht um Hebung dieser schreienden Mißstände, eine vollständige Beseitigung derselben ist aber nur dann möglich, wenn auch die Arbeitgeber sich ihrer Pflicht bewußt sind. (Sehr richtig! Beifall.) — Abg. Dr. Hitze (Centr.) steht sachlich mit den Interpellanten auf gleichem Boden. Die Gewerbe-Inspektion muß auch auf diejenigen Konfektionsarbeitsräume sich erstrecken, in denen der Arbeitgeber Familienangehörige beschäftigt, denn hier ist nicht der Familienvater, sondern der Konfektionär der Arbeitgeber. Um die augenblickliche Bewegung in ein geordnetes Fahrwasser zu leiten, würde sich die Bildung von Komitees empfehlen, denen Herren und Damen sich anschließen können, um die Fabrikinspektoren in ihrer Pflichterfüllung zu unterstützen. Sodann müßte in der Presse vor Zuzug gewarnt werden. Die Forderung der Betriebswerkstätten geht zu weit. Ich halte es für besser, wenn der Frau Gelegenheit gegeben wird, zu Hause ihre Arbeit zu verrichten und zugleich die Kinder zu beaufsichtigen. Es giebt viele verheirathete Frauen, die einen solchen Arbeitsverdienst nicht entbehren können. In Bezug auf die Feststellung eines Lohntarifs können Bestimmungen in der Gewerbeordnung, ähnlich denen für Bergarbeiter, und in Bezug auf die Vergehungen der Arbeitgeber gegen Arbeiterinnen können die Strafbestimmungen angewendet werden, die gegen Vormünder bei Vergehungen gegen ihre Mündel bestehen. Zu wünschen wäre eine Beschleunigung dieser gesetzgeberischen Maßnahme. — Abg. Schall (kons.): Auf dem besprochenen Gebiete herrschen große Nothstände; die Töchter unseres Volkes schreien um Hilfe. Meine Partei freut sich, auch hier thätig eingreifen zu können, um die Behauptung zu widerlegen, daß wir die sozialen Aufgaben künftig weniger berücksichtigen wollten. Die geringen Löhne der Arbeiterinnen sind schuld daran, daß die Mädchen dem Laster in die Arme fallen, sich ein Verhältniß anschaffen. Soll es doch vorgekommen sein, daß ein Arbeitgeber seinen Arbeiterinnen, als sie höheren Lohn forderten, sagte, sie seien ja jung, sie möchten doch auf die Straße gehen. Zu bedauern ist, daß die armen Arbeiterinnen nun jenen gewissenlosen Agitatoren in die Hände gefallen sind, die ihnen den letzten ersparten Groschen abnehmen und sie dann ihrem Elend überlassen. (Sehr richtig rechts.) Ursache dieser Zustände ist die zügellose Gewerbefreiheit. Befähigungsnachweis und eine Einschränkung der Bazare würden bald Ordnung schaffen. Die Herren Sozialdemokraten mögen mich immerhin als den Duell-Pfaffen Schall mit Flora Gaß in Beziehung bringen (Heiterkeit), es ist das nicht so schlimm, als wenn ein Genosse dieser Herren seine Frau und fünf Kinder sitzen läßt und als ihm dies vorgehalten wurde, einfach erklärte, er habe die Frau nur von dem Joch der Ehe befreien wollen. Als dann von anderer Seite Angriffe gegen den Mann erhoben wurden, da bezeichneten die gesinnungstüchtigen Freunde das als kleine Spießbürgerei. — Abg. Fischer (soz.): Seit 9 Jahren liegt schon ein Enquete-Bericht über die Zustände in der Konfektionsbranche vor und Sie haben dagegen nichts gethan. Jetzt kommen Sie und führen alle die Momente ins Feld, die wir schon vor Jahren Ihnen vorgehalten haben. Wenn ich Ihre Interpellationen lese, kommt mir das vor, als sähe ich einen Fuchs vor mir, der Thränen vergießt über die soziale Lage der Gänse. (Heiterkeit.) Mit Redensarten von der Liebe zum Volk, von der Sittlichkeit des Volkes rc. ist dem Volke nicht zu helfen. Wir wollen es in den Stand setzen, sich selbst zu helfen und fordern deshalb Sicherstellung des Koalitionsrechts. Was Schall hier so tadelt, die Ursachen der Unsittlichkeit, genau das finden Sie bei sich auf dem Lande, dieselben elenden Wohnungsverhältnisse, dieselben Schlafgänger. Redner bestreitet, daß Deutschland an der Spitze der sozialen Politik marschire. Gegenüber dem Schwitz-System ist uns England vorangegangen, ebenso die Schweiz und die Vereinigten Staaten. Freilich, wenn es sich um Liebesgaben für die Junker handelt, dann haben die Regierungen flinke Beine, aber die armen verhungerten Näherinnen und schwindsüchtigen Schneider haben nichts zu fordern und nichts zu bitten. — Abg. Rickert (freis. Ver.): Es ist doch eigenthümlich, daß der Vorredner gerade heute so zornig ist, wo die anderen Parteien zu helfen bereit sind. In Hessen hat man bereits weibliche Fabrikinspektoren eingeführt. Ist der Handelsminister bereit, das auch in Preußen zu thun? Wenn ja, dann würde doch wenigstens ein praktisches Resultat aus dieser Debatte hervorgehen. — Minister v. Berlepsch: Es scheint doch, daß sich das Institut der weiblichen Fabrikinspektoren nicht so bewährt, denn in England giebt es deren nur vier. Es scheint mir richtiger, nur männliche Inspektoren zu haben, die sich mit weiblichen Vertrauenspersonen in Verbindung zu setzen hätten. An den bestehenden Verhältnissen zwischen Zwischenmeistern und den Arbeiterinnen läßt sich jetzt nichts ändern. Am besten wäre es, wenn die Zwischenmeister von den Unternehmern verpflichtet würden, einen bestimmten Prozentsatz von dem, was sie von den Unternehmern erhalten, an die Arbeiterinnen abzuführen; ein Zwischenmeister, der sich dazu nicht verpflichtet, könnte nicht angenommen werden. Ich weiß nicht, ob das durchführbar ist, aber es scheint mir der gangbarste Weg. Wenn die öffentliche

Pfund's sterilisirte Kindermilch. Trocken-fütterung.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 79.